

Antworten der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Frage

Halten Sie es für sinnvoll, den Betreuungsschlüssel in Kindertageseinrichtungen zu verbessern?

Antwort

Wir halten eine Verbesserung der Betreuungsschlüssel für sinnvoll. Priorität wird für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt jedoch die schnelle Entlastung der Eltern bei den Kita-Beiträgen haben. Dazu beabsichtigen wir, in einem Zwischenschritt die bis 2018 frei werdenden Mittel des ehemaligen Betreuungsgeldes des Bundes als zweckgebundene Zuwendung den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Damit entstehen vor Ort Spielräume, die es ermöglichen, die Eltern bei den Beiträgen zu entlasten.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt strebt die Einführung von Vor- und Nachbereitungsstunden für pädagogische Fachkräfte an, will die Fachberatung ausbauen und hält eine Reform der Erzieherausbildung nach wie vor für notwendig. Daneben wird es wichtig sein, bei der im Jahr 2017 anstehenden Evaluierung des Gesetzes auch die Folgen des Urteils des Landesverfassungsgerichts zu beachten.

Frage

Sollten Familien, die ihr Kind häuslich betreuen, eine finanzielle Anerkennung durch das Land erhalten?

Antwort

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Zur Kompensation der aus der Erziehung der Kinder für die Eltern entstehenden Kosten, fordert DIE LINKE höhere Rentenansprüche für Kindererziehung und Pflege und eine Ausweitung der Anrechnung von Erziehungszeiten. Ebenso schlagen wir auf Bundesebene die Einführung einer Kindergrundsicherung vor.

Ein Landeserziehungsgeld lehnt DIE LINKE ab. Das Beispiel Thüringen hat gezeigt, dass gerade die sogenannten bildungsfernen Familien vom Erziehungsgeld Gebrauch machten und ihre Kinder nicht an Bildung, Betreuung und Erziehung teilhaben ließen.

Frage

Befürworten Sie eine Fortschreibung des Bildungsprogramms „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“? Wie verbindlich sollte dessen Umsetzung in den Kitas sein?

Antwort

DIE LINKE unterstützt eine Fortschreibung des Bildungsprogramms. Die Umsetzung des Bildungsprogramms ist momentan gesetzlich vorgeschrieben. An dieser Regelung sieht DIE LINKE. Sachsen-Anhalt keinen Änderungsbedarf.

Frage

Welches Ausbildungsprofil für die pädagogischen Fachkräfte würden Sie befürworten?

Antwort

Es gibt aus Sicht der LINKEN nicht das eine Ausbildungsprofil für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen. Auch heute schon existiert ein Mix unterschiedlicher Abschlüsse und Qualifikationen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will den Anteil pädagogischer Fachkräfte mit Hochschulabschluss erhöhen und setzt weiterhin auf eine Reform der Ausbildung zum staatlich anerkannten Erzieher/zur staatlich anerkannten Erzieherin.

Fragen

Wie wollen Sie den Weg der Familienförderung weiter gestalten?

Wie sehen Sie künftig die Rolle der Landesfamilienverbände und der Familienzentren?

In welchem Maße werden Sie den bedarfsgerechten Ausbau der Familienbildungsangebote vorantreiben? Wo werden Sie Schwerpunkte setzen?

Wie stehen Sie zum Ausbau von Familienzentren mit Angeboten der Elternarbeit und Familienbegegnung, gegebenenfalls unter Einbeziehung von Kindertagesstätten? Werden Sie das mit Investitionen unterstützen?

Antwort

Grundsätzlich versteht DIE LINKE Träger, Vereine, Verbände und Initiativen, die im Bereich der Familienarbeit tätig sind, als Partner, deren Erfahrungen und Ideen wichtige Impulse für politisches Handeln bieten. Der Dialog zwischen Politik und den Expertinnen und Experten der Familienarbeit sollte aufrechterhalten und in Zukunft intensiviert werden.

Die Familienförderung des Landes – von der Unterstützung kommunaler Maßnahmen bis hin zur Förderung der Landesfamilienverbände – ist im Grundsatz gut aufgestellt. Im Rahmen der Projektförderung wird es zukünftig immer wichtiger werden, Familien aus sogenannten bildungsfernen oder armutsgefährdeten Milieus zu erreichen, wie dies in der Vergangenheit mit einigen Projekten gut gelungen ist. Dieser Trend sollte fortgesetzt werden. Für die Familienverbände, dies gilt im Übrigen auch für alle überörtlich tätigen Träger der Kinder- und Jugendhilfe, strebt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt verlässliche Finanzierungsmodelle an. Weiter wird wichtig sein, Verwaltungshandeln wieder so zu organisieren, dass Zuwendungsbescheide die Träger pünktlich erreichen.

Für die kommunalen familienpolitischen Maßnahmen ist eine aufgabenbezogene Finanzausstattung der Kommunen über das FAG unerlässlich, um die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in die Lage zu versetzen, die bereits existierenden Instrumente der Familienhilfe auch entsprechend anwenden zu können.

Die Integration verschiedener Angebote in gemeinsame Projekte (Kooperation Kita, Elternarbeit etc.) unterstützt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt. So können Wege kurz gehalten und eine fachübergreifend ganzheitliche Betreuung und Beratung gewährleistet werden. DIE LINKE wird sich für eine Stärkung des Themas „Familienbildung“ im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung wie auch in der schulischen allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in entsprechenden Bereichen der Aus-, Fort- und Weiterbildung einsetzen.

Frage

Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen oder ausbauen, um selbstbestimmte Teilhabe auch im Alter zu ermöglichen (insbesondere im ländlichen Raum)?

Antwort

Seniorinnen und Senioren werden heute nicht nur älter als noch vor Jahren, sie werden auch anders alt: gesünder, leistungsfähiger, aktiver. Das stellt die Gesellschaft vor neue Herausforderungen und eröffnet ihr gleichzeitig neue Chancen.

Wir wollen Seniorinnen und Senioren in Politik und Gesellschaft eine hörbare Stimme geben. Seniorinnenvertretungen auf allen Ebenen sollen gestärkt werden. Dazu streben wir ein Seniorenmitwirkungsgesetz auf der Landesebene an, das die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten von Seniorinnen und Senioren auf der Landesebene regelt. Und wir wollen ihre Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten auf der kommunalen Ebene konkreter ausgestalten, zum Beispiel durch eine explizite Erwähnung von Seniorinnenvertretungen in Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden in der Kommunalverfassung. Unser Ziel ist es, den Seniorinnen und Senioren die ihnen zustehende Aufmerksamkeit und Unterstützung bei demokratischen Entscheidungsprozessen zu sichern.

Im Falle von Hilfsbedürftigkeit geht es vor allem darum, die Formen ambulanter Hilfen so auszubauen, dass Menschen so lange wie möglich selbständig und/oder in ihrer eigenen Häuslichkeit leben können. Es braucht daneben ein gut erreichbares und barrierefreies Angebot an öffentlichem Nahverkehr, um die Mobilität der älteren Menschen aufrechtzuerhalten

Frage

Wie wollen Sie erreichen, dass die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und jüngeren Familien in einer älter werdenden Gesellschaft ausreichend Berücksichtigung finden?

Antwort

Eine älter werdende Gesellschaft und die Bedürfnisse der jungen und jüngsten Generation müssen kein Widerspruch sein. Vielmehr erleben wir, dass die Mehrheit der Seniorinnen und Senioren ein vitales Interesse an den Bedürfnissen ihrer Kinder und Enkel hat. Diesen Dialog zwischen den Generationen aufrechtzuerhalten und auszubauen, ist uns wichtig.

Mehrgenerationenhäuser, aber auch das Einbeziehen des Wissens und der Erfahrungen der älteren Generation in den Schulunterricht, die Kita und die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sind wichtige Elemente, um eine Annäherung von Jung und Alt zu ermöglichen. Dieser Dialog bietet beiden Seiten die Chance, Bedürfnisse, Wünsche und Ideen zu artikulieren.

Daneben existiert eine Reihe von Bedürfnissen, die hohe Schnittmengen zwischen Jung und Alt aufweisen. Erreichbare Einkaufsmöglichkeiten, ein vertretbarer Weg zum Arzt, Kultur- und Freizeitangebote in der Nähe etc. sind für die jüngere wie die ältere Generation gleichermaßen von Bedeutung.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat daneben ein Kinder- und Jugendteilhabegesetz erarbeitet, das auf breiter Basis eine Stärkung der Mitspracherechte und Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ermöglicht. Wir wollen die Kinderrechte in der Landesverfassung erweitern, eine Absenkung des aktiven Wahlalters auf 14 Jahre durchsetzen, bei Kommunalwahlen sollen Jugendliche ab 16 Jahren zur

Wahl antreten können. In den Gemeinden und auf Landesebene müssen Kinder- und Jugendvertretungen entstehen, denen Mitspracherechte garantiert werden.

Die Aufgaben und Pflichten des Kinder- und Jugendbeauftragten des Landes wollen wir erweitern. Ebenso setzt sich DIE LINKE. Sachsen-Anhalt dafür ein, den Einfluss des Landesjugendhilfeausschusses zu stärken.

Dazu gehört auch, die Schuldemokratie weiterzuentwickeln und den Hauptakteuren der Schulen – den Schülerinnen und Schülern – mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Wichtige Entscheidungen in der Gesamtkonferenz sollen deshalb eine Zweidrittel-Mehrheit erfordern.

Frage

Wie wollen Sie Menschen motivieren, in Sachsen-Anhalt zu leben und Familien zu gründen?

Antwort

Eine zentrale Rolle bei der Entscheidung, hier zu bleiben oder wegzuziehen, spielen augenscheinlich attraktive Berufsperspektiven und gute Einkommensbedingungen. Das kann Politik nicht allein bewirken. Sie kann und muss aber mehr als bisher Bedingungen schaffen und wieder aktiver werden.

Hierzu hat DIE LINKE. Sachsen-Anhalt eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Sie reichen vom Zurückdrängen prekärer Arbeitsverhältnisse durch ein Vergabegesetz über ein Modell der Gemeinwohlarbeit mit Mindestlohn, mehr Stellen im öffentlichen Dienst bis zur Innovationsstrategie zur Ansiedlung von Unternehmen.

Darüber hinaus muss das gesellschaftliche Umfeld kinder-, jugend- und familienfreundlicher gestaltet werden. Dazu sind auch entsprechende finanzielle Mittel zu erhalten bzw. bereitzustellen. Ebenso ist eine gute Infrastruktur für Betreuung, Bildung und Erziehung wichtig, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht Betriebe und Unternehmen in der gesellschaftlichen Verantwortung, sich auf die Bedürfnisse von Familien und ihren Kindern verstärkt einzustellen. Der Wirtschaft selbst unterstellen wir ein Interesse an familienfreundlichen Unternehmensstrukturen, da diese die betriebliche Atmosphäre und die Arbeitsmotivation positiv beeinflussen und somit zu Leistungs- und Produktivitätssteigerungen beitragen können. Dies geschieht bisher in ungenügendem Maße. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich daher für die Schaffung von Anreizen für familienfreundliche Strukturen im Unternehmen einsetzen. Dazu können die Einrichtung und öffentliche Förderung von Betriebskindergärten, Betriebspatenschaften mit Kindertageseinrichtungen und die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle wie z.B. Job-sharing zählen. Konkrete Maßnahmen sollen dabei im Dialog mit der Wirtschaft entwickelt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt zentrales Anliegen.

Angesichts der anhaltenden demografischen Entwicklung halten wir es für geboten, verstärkt um junge Menschen zu werben. Sie sollen auch aus anderen Bundesländern und dem Ausland nach Sachsen-Anhalt kommen und hier gute Studien-, Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine attraktive kulturelle und soziale Infrastruktur vorfinden. Dadurch motivieren wir junge Menschen ihre Perspektive in Sachsen-Anhalt zu suchen oder sich in ihrer Herkunftsregion als Werbende für unser Land einzusetzen.

Fragen

Was halten Sie von einer generell kostenlosen Nutzung des ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt, um Mobilität und Teilhabe insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern?

Besonders im ländlichen Raum verhindert mangelnde Mobilität armer Familien Teilhabemöglichkeiten. Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie?

Antwort

Es ist unser erklärtes Ziel, Mobilität und Teilhabe insbesondere junger Menschen zu stärken. Daher setzen wir uns für ganzjährig und auch in der Freizeit geltende Schüler- und Azubi-Tickets ein. Inwiefern diese kostenfrei gestellt werden können, wollen wir prüfen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt fordert einen für die Schülerinnen und Schüler kostenfreien Schülerverkehr auch in den Klassen 11, 12 und 13.

Wir wollen damit auch erreichen, dass sich das Nutzerverhalten hinsichtlich der Verkehrsmittel wandelt. Wer früh lernt, den ÖPNV zu nutzen und zu schätzen, der greift auch später eher auf ihn zurück und lässt das Auto stehen. Daher setzen wir uns an erster Stelle für eine Ausweitung des Angebotes im ländlichen Raum ein. Auch für junge Menschen ist öffentliche Mobilität erst dann attraktiv, wenn der Bus mehr als zwei Mal am Tag vom Dorf in die Stadt und wieder zurück fährt. Wir unterstützen daher Pilotprojekte, die eine Angebotserweiterung anstreben und gleichzeitig neue Finanzierungswege suchen. Langfristig wollen wir Ideen wie den fahrscheinfreien ÖPNV stärken – ein Modell, in welchem Kinder und Jugendliche bis zur Volljährigkeit gänzlich kostenfrei fahren.

Fragen

Was werden Sie tun, um die Lebenssituation insbesondere der armen Familien im Land und ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten zu verbessern?

Sollten alleinerziehende Erwerbstätige bei der Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder finanziell unterstützt werden, damit Familie und Beruf besser vereinbart werden können?

Antwort

Die Möglichkeiten auf landespolitischer Ebene bestehen darin, die Förderungen des Landes im Bereich der familienpolitischen Maßnahmen aufrechtzuerhalten und so zu steuern, dass bedürftige Familien tatsächlich erreicht werden können. Im Rahmen der Kinderbetreuung beabsichtigen wir, in einem Zwischenschritt die bis 2018 frei werdenden und auf Sachsen-Anhalt entfallenden Betreuungsgeldmittel des Bundes gezielt zur Senkung der Elternbeiträge einzusetzen. Davon werden insbesondere Familien profitieren, die knapp über der Bedürftigkeitsgrenze liegen und deren Elternbeiträge deshalb nicht von den Jugendämtern übernommen werden. Daneben gilt es allgemein, die Kommunen finanziell wieder so auszustatten, dass vor Ort Handlungsspielräume entstehen.

Mit unserem Projekt Gemeinwohlarbeit wollen wir gezielt Langzeitarbeitslose in gesicherte Beschäftigung bringen.

Im Kampf gegen Armut ist der Weg über die Bundesebene jedoch der entscheidende. Hier setzt sich DIE LINKE seit langem für eine Anhebung der Regelsätze ein.

Weiterhin ist Ziel der Partei DIE LINKE, das Kindergeld zu erhöhen und zu einer Kindergrundsicherung auszubauen. Insbesondere brauchen Alleinerziehende eine stärkere Entlastung, z.B. in Form einer spürbaren Erhöhung des Entlastungsbeitrages. Eine längere Bezugsdauer des Unterhaltsvorschusses hält DIE LINKE ebenfalls für nötig. Diese Vorhaben werden wir über entsprechende Bundesratsinitiativen voranbringen.

Frage

Was wollen Sie dafür tun, dass sich Flüchtlingsfamilien in Sachsen-Anhalt willkommen fühlen und auch im Land bleiben möchten?

Antwort

Unsere Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. In den nächsten Monaten und Jahren gilt es, den hier schutzsuchenden Menschen Perspektiven zu ermöglichen. Respekt und Anerkennung sind Voraussetzung, Sprache, Bildung und Arbeit zentrale Bausteine der Integration. Wir meinen: Alle Menschen sollen hier gut leben können. Arbeit und Entlohnung, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, sind dazu unabdinglich. Wir streiten für das Ideal einer inklusiven Bildung und Gesellschaft. Menschen sind unterschiedlich – im Alter, im Geschlecht, in Bezug auf ihre Herkunft, auf Gesundheit und Krankheit, auf Behinderungen und Beeinträchtigungen, in ihrer jeweiligen Lebenssituation. Eine Gesellschaft, die jeden Einzelnen wertschätzt, ist eine solidarische. Flüchtlinge, Migranten und Asylsuchende kämpfen hier um Akzeptanz und Perspektiven. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht dabei an ihrer Seite. Gemeinsam mit Gemeinden, Städten und Landkreisen, Flüchtlings- und Wohlfahrtsverbänden wollen wir ein Aufnahme- und Integrationskonzept entwickeln. Integration ist für uns nicht bloße Aufforderung, sondern konkretes Angebot auf allen Ebenen: sozial, demokratisch, kulturell, nicht zuletzt am Arbeitsmarkt. Wir wollen die Mehrsprachigkeit in Behörden (Kommunikation, Formulare usw.) und die aktive Beteiligung der neuen Bürger in Vereinen und im Ehrenamt unterstützen. Wir plädieren dafür, die fachlich zuständigen Verwaltungsstellen in den Kommunen in einer Servicestelle Einwanderung zusammenzufassen. Interkulturelle und fachliche Kompetenzen, behördliche Zuständigkeiten und Informationen über Beratungs- und Unterstützungsangebote könnten so gebündelt werden und Migrantinnen und Migranten den sonst üblichen Behördenmarathon ersparen.

Fragen

Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Integration von Flüchtlingen und hier besonders von Kindern und Jugendlichen fördern?

Wie können Mitarbeitende in Kitas und Schulen in der Arbeit mit oft traumatisierten, kaum deutsch sprechenden Kindern begleitet werden.

Antwort

Für DIE LINKE ist wichtig, dass bei der Betreuung und Unterbringung minderjähriger Flüchtlinge stets die Beachtung des Kindeswohls Vorrang hat und, soweit möglich, auch familiäre oder persönliche (gemeinsame Flucht) Bindungen berücksichtigt werden. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen nur in entsprechend profilierten Jugendhilfeeinrichtungen aufgenommen werden bzw. aufnehmende Einrichtungen in die Lage versetzt werden, entsprechende Arbeit zu leisten. Dies setzt Kenntnisse der

pädagogischen Fachkräfte voraus, die über entsprechende Bildungs- und Qualifizierungsangebote erreicht werden müssen.

Die aufnehmenden Einrichtungen sollen möglichst in Kommunen mit guter öffentlicher Infrastruktur und bedarfsgerechten medizinischen, sozialen sowie therapeutischen Angeboten abgesiedelt sein.

Ein sehr wichtiger Punkt ist, die Beratung, Unterstützung und Aufsicht von Vormündern durch die Jugendämter. Diese muss sichergestellt werden.

Während der gesamten Unterbringungszeit ist minderjährigen Flüchtlingen der Bildungszugang zu gewährleisten und Ausbildungsperspektiven zu eröffnen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt strebt an, dazu bereits vor dem Beginn der Schulpflicht Maßnahmen zu organisieren, die Deutsch als Fremdsprache als verlässliches Angebot für minderjährige Flüchtlinge ermöglicht.

Weiterhin halten wir eine Unterstützung der Kommunen durch das Land und den Auf- und Ausbau entsprechender lokaler Netzwerke für unabdingbar. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt fordert, dass im Rahmen des Altersfeststellungsverfahrens eine zweite Einschätzung erfolgt (Vier-Augen-Prinzip).

Frage

Was halten Sie von einer Aufhebung des Arbeitsverbots, der Vorrangprüfung und der Wartefrist, damit Ausbildungen begonnen und Arbeitsverhältnisse frühzeitig aufgenommen werden können.

Antwort

Wir plädieren klar dafür, bürokratische Hürden und zugleich Instrumente der Ungleichbehandlung abzubauen. Zentrale Weichen der Asyl- und Zuwanderungspolitik werden allerdings bundespolitisch gestellt. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes ein. Das in der Vergangenheit und gegenwärtig verfolgte Prinzip, das Asylrecht zum Zweck der Abschreckung von potenziellen Asylsuchenden, zum Beispiel mittels Sachleistungsprinzip und Leistungsentzug, Abschiebelagern oder Arbeitsverboten, zu verschärfen, lehnen wir vehement ab und setzen uns für einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der deutschen und europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik ein. Wir treten für einen Zugang zum Arbeitsmarkt ein, der unabhängig vom Aufenthaltsstatus ist.

Frage

Was halten Sie davon, den Aufenthaltsstatus bis zum Ende der Ausbildung bzw. bis zum Erreichen des angestrebten Schulabschlusses zu verlängern?

Antwort

Wir wollen auf Landesebene alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Menschen ein Bleiberecht geben zu können und ihre Lebensbedingungen in Sachsen-Anhalt zu verbessern. Dazu gehört neben den in der Frage aufgeworfenen Punkten, auch ein Abschiebestopp von in Ausbildung bzw. Arbeit befindlichen Personen. Sinnvolle Integration muss sich daran messen lassen, frühzeitig Perspektiven aufzuzeigen. Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse sollen nicht durch eine vorzeitig beendete Aufenthaltserlaubnis unterlaufen werden.

Frage

Es besteht oft nur ein Anspruch auf eine eingeschränkte ärztliche Versorgung nach Genehmigung durch das Sozialamt. Wie wollen Sie die medizinische und psychotherapeutische Versorgung insbesondere von Kindern verbessern?

Antwort

Flüchtlinge und Asylsuchende haben wie alle Menschen einen Anspruch auf medizinische Versorgung. Bundesrechtliche Regelungen beschränken die Ansprüche dieser Gruppen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will bürokratische Hürden abbauen: Die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte soll das für die Betroffenen belastende und im Notfall bedrohliche Verfahren der Antragstellung auf Behandlungsscheine beenden. Leider hat die Intervention von Bayern und Sachsen auf dem sogenannten Flüchtlingsgipfel im September verhindert, dass es hierzu eine bundeseinheitliche Lösung geben wird. Wir wollen dennoch auf Landesebene eine Karte einführen und diese vertraglich zwischen dem Land, den Kommunen und den Krankenkassen vereinbaren.

Mit dieser Lösung würden die Kosten der gesundheitlichen Versorgung der Asylsuchenden weiterhin steuerfinanziert, die Verwaltung und Abrechnung liefere indes über die gesetzlichen Krankenversicherer. Das führt einerseits zu einer deutlichen bürokratischen Entlastung der Sozialämter und – dies haben die Erfahrungen aus den Stadtstaaten Hamburg und Bremen gezeigt – sogar zu einer Reduzierung der Behandlungskosten, da die Krankenversicherungen günstigere vertragliche Konditionen mit den Heilmittelerbringern haben.

Inzwischen haben auch zwei Flächenländer Nordrhein-Westfalen und Brandenburg die vertraglichen Voraussetzungen für die Einführung der Gesundheitskarte geschaffen. Besonders wichtig ist uns, dass die gesundheitliche Versorgung auch die psychosoziale Beratung und Therapie für traumatisierte Flüchtlinge umfassen muss. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass die Begrenzung auf Akut- und Schmerzbehandlung nach § 4 Asylbewerberleistungsgesetz aufgehoben wird. Denn die Vorenthaltung von Prävention ist nicht nur inhuman, sondern wird langfristig zu deutlich höheren Gesundheitskosten führen.